

Signale für höhere Steuern

Schäuble verweist auf Kompromiss-Zwang im Falle einer großen Koalition – Koschyk brems

BERLIN/BAYREUTH
Von Elmar Schatz

In der CDU-Spitze werden Steuererhöhungen nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte auf eine entsprechende Frage der „Zeit“: „Wir sollten jetzt schauen, wie die Gespräche laufen.“ Damit ging er auf SPD und Grüne zu, die sich im Wahlkampf für höhere Steuern ausgesprochen hatten. Doch Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU/Bayreuth) brems. Und Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) betont: „Mit der CSU gibt es keine Steuererhöhungen.“

Koschyk sagte dem Kurier, er wolle Koalitionsverhandlungen nicht vorgehen, „aber das, was sich die SPD in Richtung Vermögensteuer und Verdoppelung der Erbschaftsteuer vorstellt, kann nicht Grundlage für eine Koalition sein“. Die Sozialdemokraten müssten sich fragen lassen, warum sie die Abflachung der kalten Progression blockiert hätten. Gerade Bezieher mittlerer Einkommen hätten damit mehr Netto vom Brutto in der Tasche gehabt. Beim Spit-

zensteuersatz gehe es nicht nur um Einkommensmillionäre, sondern auch um Handwerksbetriebe, um personengeführte Unternehmen. Es könne nicht im Interesse der SPD sein, hier an der Steuerschraube zu drehen, „weil gerade Handwerk und Mittelstand jeden verfügbaren Euro wieder ins Unternehmen investieren“.

CDU-Vize Armin Laschet sagte auf die Frage, ob Steuererhöhungen nun wahrscheinlicher würden: „Man weiß in der Tat nicht, was aus den Koalitionsverhandlungen herauskommt.“ Laschet fügte hinzu: „Natürlich werden wir in allen Themen kompromissbereit sein müssen. Sonst kriegen wir keine Koalition hin.“ Der haushaltspolitische Sprecher der Union, Norbert Barthle (CDU), ist für eine moderate Anhebung des Spitzensteuersatzes für Besserdienende. Mit den Mehreinnahmen sollten Entlastungen für kleinere Einkommen gegenfinanziert werden.

Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, warnte: „Drei Tage nach dem eindrucksvollen Wahlsieg der Unionsparteien über Zugeständnisse bei möglichen Koalitionsverhandlungen zu spekulieren, verbietet sich.“ Der Steuerzahlerbund warnt

vor Wortbruch. „In Koalitionsverhandlungen muss die CDU ihrer Pflicht nachkommen, in Sachen Steuern ihr Wort zu halten“, so Verbandspräsident Reiner Holznagel.

Koschyk appelliert an die SPD, jetzt Verantwortung für das Land wahrzunehmen; wochenlanges Gezerre um eine Koalitionsbildung könne sich Deutschland mit Blick auf seine „Führungsverantwortung in Europa und der Welt“ nicht leisten.

Für Neuwahlen würden die Bürger kein Verständnis aufbringen. Rot-Rot-Grün wäre laut Koschyk „ein eklatanter Wortbruch und Wahlbetrug“ durch die SPD. Schwarz-Grün lehnt Koschyk ab, es gehe nicht nur um Köpfe, sondern auch um die Inhalte bei den Grünen. Schäuble schloss Neuwahlen aus und

OHNE MEHRHEIT

CDU und CSU haben am Sonntag bei der Bundestagswahl eine absolute Mehrheit knapp verfehlt und müssen sich nun – nach dem historischen Aus für die FDP – einen neuen Koalitionspartner suchen. Möglich sind ein schwarz-rotes oder schwarz-grünes Regierungsbündnis. dpa

zeigte sich offen für ein Regierungsbündnis mit den Grünen. Die Grünen führten jetzt eine interne Diskussion, ob sie nicht im Wahlkampf die falschen Akzente gesetzt hätten: „Das Ergebnis muss man abwarten, dann wird man sehen.“

Zu seiner eigenen Rolle in einer künftigen Regierung hielt sich Schäuble bedeckt. Hintergrund ist, dass Grüne und vor allem die SPD bei einer Koalition mit der Union das Finanzministerium als Schlüsselressort in der künftigen Regierung beanspruchen dürften.

Immer mehr SPD-Landesverbände pochen auf einen Mitgliederentscheid über eine große Koalition. Möglich wäre ein Beschluss dazu beim Parteikonvent am morgigen Freitag im Berliner Willy-Brandt-Haus mit rund 200 Delegierten.

SPD-Chef Sigmar Gabriel wird dem nichtöffentlichen Konvent einen vom Vorstand erarbeiteten Verfahrensvorschlag vorlegen. Es ist offen, ob dieser auch einen Entscheid der rund 470 000 Mitglieder über einen Koalitionsvertrag mit der Union enthält. Möglich ist auch, dass der entsprechende Vorschlag von Delegierten ins Spiel gebracht wird.

Mit Material von dpa/→ Seite 2